

Im Vorfeld der Demonstration lädt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (**VVN-BdA**) ab 14 Uhr zu einer Kundgebung im Rahmen des Tages der Befreiung vom Faschismus ein.

Ab **14 Uhr** am Erinnerungszeichen für die KZ-Außenlager an der Kirchfeldstraße/Ecke Talstraße.
Nur 5 Minuten vom Ort der Demonstration entfernt.



Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Unsere Solidarität gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z.B. wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für staatsverunglimpfende Schriften, wegen Teilnahme an spontanen Streiks oder wegen Widerstand gegen polizeiliche Übergriffe ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt, verurteilt werden. Ebenso denen, die für ihre antifaschistisches Engagement Repressionen erfahren

Spenden- und Beitragskonto:
Rote Hilfe e.V.
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Werde Mitglied in der Roten Hilfe:
<https://www.rote-hilfe.de/aktiv-werden/mitglied-werden>

Bundesweite Kampagnen:
wirsindallelinx.com #wirsindallelinX
freiheit fuerlina.noblogs.org
notwendig.org
129antifa.net

Mehr Infos unter: rote-hilfe.de



Anja Sommerfeld, Postfach 3255 37022 Göttingen

8. MAI 2021  15 UHR
KIRCHPLATZ DÜSSELDORF

**WIR SIND
ALLE ANTIFA
WIR SIND
ALLE LINX**

**DEMONSTRATION GEGEN
DIE KRIMINALISIERUNG
VON ANTIFASCHISMUS**

ROTE HILFE E.V. 

Wir sind alle Antifa - Wir sind alle LinX!

Seit geraumer Zeit wird verstärkt gegen Antifaschist*innen in unterschiedlicher Weise vorgegangen. Antifaschistische Gruppen und Initiativen rücken immer stärker in den Fokus von Polizei und Justiz. Im niedersächsischen Landtag wurde dem Thema Antifa höchste Priorität eingeräumt. Das Vorhaben: Ein mögliches Verbot antifaschistischer Gruppen. Dem Verband VVN-BdA sollte die Gemeinnützigkeit aberkannt werden. Durch das Erstarken der AfD in vielen Kommunen wird Druck auf linke und kulturelle Einrichtungen ausgeübt. So sollen Jugendzentren in Sachsen ihre Förderung verlieren. In Leipzig-Connewitz und weiteren Städten kam es zu zahlreichen Hausdurchsuchungen. Auch hier in Düsseldorf waren zwei Aktivist*innen Anfang 2021 damit konfrontiert. In Stuttgart sind die Antifaschisten Jo und Dy wegen der angeblichen Beteiligung an einer Auseinandersetzung mit Faschist*innen angeklagt. Ende August stürmte die Polizei 28 Objekte in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW. Die Razzien richteten sich gegen die Gruppe »Roter Aufbau Hamburg«. Die Inhaftierung der Antifaschistin Lina im November 2020 lässt sich ebenfalls in die Kriminalisierungsbestrebungen antifaschistischen Engagements einordnen.

All dies geschieht zu einer Zeit, in der Faschist*innen wieder Land gewinnen – ob auf den Straßen oder in den Parlamenten, in Deutschland und weltweit. Nicht nur die Wahlerfolge der AfD zeigen, dass die fa-

schistische Gefahr wieder aktuell ist. Es ist noch nicht lange her, dass die Morde des NSU und die Verstrickungen darin durch Behörden wie dem Verfassungsschutz bekannt wurden. Knapp zehn Jahre später folgt der antisemitische Anschlag in Halle sowie der Mord an einem CDU-Politiker in Kassel. Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen getötet. Beinahe täglich erreichen uns neue Meldungen über rechte Netzwerke innerhalb der Sicherheitsbehörden, parallel dazu verschwinden Waffen, Munition und Sprengstoff aus ihren Beständen. Rassistische, antisemitische und frauenfeindliche Chatgruppen rüsten sich für den Tag X und erstellen Feindeslisten. Mit dabei sind Reservisten, Beamt*innen der Kriminalpolizei, Angehörige von Spezialeinsatzkommandos, Richter*innen sowie Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes. Rechte bewaffnete Gruppen entstehen allorts und die Dunkelziffer derer, die nicht auffliegen, dürfte noch viel höher sein. Aktuell findet in Stuttgart Stammheim ein Prozess gegen die „Gruppe S“ statt, die im Verdacht steht terroristische Anschläge geplant zu haben. Wahrscheinlich ist dort aber nur die „Spitze des Eisbergs“ angeklagt.

Als Reaktion auf die neuen rechten Bewegungen rund um Pegida und AfD kommt es auch in Deutschland zu einem Anstieg antifaschistischer Aktivitäten. Der Staat reagiert mit Kriminalisierung und Verfolgung.

Besonders stark ist die Verfolgung in Sachsen. Von Lothar König, den Ermittlungen gegen „Dresden Nazifrei“, über die Verfolgung linker Fußballfans der BSG Chemie Leipzig, bis hin zum aktuellen Verfahren gegen Lina und andere Antifaschist*innen.

Mit der Gründung der Soko LinX Ende 2019 spitzt sich die Verfolgung von Linken in Sachsen nochmal zu. Die Verhaftung Linas durch verummte Polizisten und ihr Helikopterflug nach Karlsruhe sollen bewusst Bilder der Bedrohung durch vermeintlich linken Terror erzeugen. Auch in der bundesweiten Berichterstattung werden die Verhaftung und das Verfahren aufgeblasen. Dafür ließen die Generalbundesanwaltschaft sowie das LKA Sachsen bisher gezielt Informationen an die rechts-konservative Boulevardpresse durchsickern.

Seit Jahrzehnten wird mithilfe der Konstruktion von §129 StGB-Verfahren gegen Linke ermittelt. Dieser Paragraph wird von Staatsanwaltschaften und Polizei gern genutzt, um linke Gruppen zu bedrohen und zu kriminalisieren. Er ist ein Instrument, um Strukturen zu durchleuchten und sensible persönliche Daten zu sammeln. Zugleich können Gruppen und Einzelpersonen in der Öffentlichkeit als Kriminelle dargestellt und stigmatisiert werden. Ob sich der Vorwurf am Ende vor Gericht erhärten lässt, ist meist zweitrangig.

Der Tatvorwurf allein gibt ihnen die Handhabe für weitreichende Ermittlungen.

Wie nach einem Hufeisenmodell werden links und rechts gleichgesetzt. Anstatt konsequent gegen Nazis und Rechte vorzugehen, diffamiert und bekämpft man die, die für eine solidarische Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen ohne Angst gemeinsam unterschiedlich sein können.

Damit muss Schluss sein. Wir rufen alle dazu auf, sich gegen die falsche und gefährliche Gleichsetzung von links und rechts und die damit einhergehende Kriminalisierung von Antifaschismus zu stellen. In diesen Zeiten braucht es keine Verbote, sondern einen starken zivilgesellschaftlichen Antifaschismus; keine Kriminalisierung und Verfolgung.

Wir sind alle Antifa!

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen bei der Befreiung des Lagers am 19. April 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Ihre Losung ist die unsere!

Wir fordern das Ende der Kriminalisierung von Antifaschismus, die Freilassung von allen Antifaschist*innen. Für eine solidarische Gesellschaft!